



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur  
Frau Christiane Bulliard-Marbach  
Nationalrätin  
Kommissionspräsidentin WBK-N  
3003 Bern

Per E-Mail an: KJP@bsv.admin.ch

Zürich, 22. November 2019 SW/mb  
wey@arbeitgeber.ch

## **Stellungnahme zur parl. Iv. 17.412 «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter»**

Sehr geehrte Frau Nationalrätin

Sie haben den Schweizerischen Arbeitgeberverband mit Schreiben vom 29. August 2019 eingeladen, zur parlamentarischen Initiative «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» Stellung zu nehmen. Gestützt auf die Konsultation unserer Mitglieder nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

### **Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV):**

- Der **SAV begrüsst die Finanzierung, Unterstützung und Umsetzung von Massnahmen in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter.**
- Wichtig ist für den SAV jedoch die **Wahrung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen.**
- Der SAV würde es zudem begrüssen, wenn die **Finanzhilfen für die Kantone in Abhängigkeit zur jeweiligen Bevölkerungsgrösse** stehen würden.
- Art. 11a KJFG ist zu wenig konkret formuliert. **Eine mögliche Präzisierung des Zwecks** könnte sinngemäss lauten: «Programme zur Unterstützung, Koordination und Vernetzung der staatlichen und privaten Angebote für die frühkindliche Entwicklung im Hinblick auf den Schuleintritt».

### **1. Ausgangslage**

Die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) möchte der frühkindlichen Förderung neue Impulse geben. Sie schlägt vor, die Kantone dabei zu unterstützen, strategiegebundene Massnahmenpakete im Bereich Förderung während der frühen Kindheit zu entwickeln und umzusetzen. Vorgesehen ist, dass der Bund pro Jahr höchstens vier Kantonen einmalig Finanzhilfen in Form einer 50 Prozent-Beteiligung gewähren kann. Diese Anschubfinanzierung soll auf die Dauer von je drei Jahren in der Höhe von jährlich maximal CHF 100'000 befristet werden. Mit dieser Vorlage wird die parlamentarische Initiative 17.412 «Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter» von Nationalrat Matthias Aebischer (SP, BE) umgesetzt. Ziel der Initiative ist es, die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) stärker im Schweizer Bildungssystem zu verankern und damit einen Beitrag zur Schaffung der Chancengleichheit beim Schuleintritt zu leisten.

## 2. Einschätzung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands (SAV)

Massnahmen zur frühen Förderung von Kindern erweisen sich aus Sicht des SAV **sowohl aus volkswirtschaftlicher als auch aus gesellschaftlicher Sicht als äusserst effizient und nachhaltig**: Die Wirtschaft profitiert längerfristig von gut qualifizierten Fachkräften, die Eltern profitieren von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kinder von einer frühen Förderung und der Staat profitiert in Form von höheren Steuereinnahmen und tieferen Sozialausgaben. Fachleute sind sich einig, dass eine **Stärkung der Bildungsmassnahmen in der frühen Kindheit einen positiven Einfluss auf die spätere Schul- und Berufskarriere** dieser Kinder hat. Auch tragen solche Massnahmen dazu bei, den **Teufelskreis der sozialen Vererbung** von niedrigen Einkommen und geringer Bildung im frühen Kindesalter zu durchbrechen. Zudem zeigte der amerikanische Nobelpreisträger James Heckman, dass Geld in Massnahmen für FBBE **umso ertragsreicher** investiert ist, **je früher dies im Kindesalter geschieht**. Wissenschaftliche Studien aus der Bildungsökonomie belegen zudem, wie nachhaltig und ertragsreich Investitionen in Massnahmen für FBBE im Alter von Kindern ab Geburt sind.

Ein anschauliches Beispiel, wie eine Massnahme in der frühen Kindheit aussehen könnte, zeigt die **Stadt Basel mit dem Projekt «frühe Deutschförderung»**. Damit werden bei 18-monatigen Kindern vor Eintritt in den Kindergarten die Deutschkenntnisse mittels Fragebogen an die Eltern erfasst. Sind diese ungenügend, so müssen die Kinder eine Spielgruppe, ein Tagesheim oder eine Tagesfamilie besuchen. Mit dieser Massnahme sollen die Kinder während mindestens zwei Halbtagen pro Woche ihre Sprachkenntnisse verbessern und die Eintrittshürde in den Kindergarten einfacher nehmen können. **Die ersten Erfahrungen** mit diesem vom Kanton finanzierten Obligatorium **sind gemäss ersten Berichten sehr positiv**.

Der SAV arbeitet zu den beiden wichtigen Themen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der frühen Förderung in einer **parteiübergreifenden Allianz<sup>1</sup> unter der Schirmherrschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter** mit.

Wichtig ist für den SAV, dass bei der Finanzierung und der Ausgestaltung der Massnahmen die **Zuständigkeiten von Bund und Kantonen gewahrt bleiben**. So wird die Anschubfinanzierung begrüsst, jedoch soll der Bund damit **keinen weiteren Einfluss auf die Kantone** ausüben, denn die Umsetzung der Massnahmen der FBBE liegen grundsätzlich in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden. Die parlamentarische Initiative Aebischer zielt darauf ab, **Angebotslücken zu füllen und bestehende Massnahmen aufeinander abzustimmen**. So werden die zuständigen Behörden dabei unterstützt, ihre Fördermassnahmen zu optimieren und ein möglichst flächendeckendes Angebot bereitzustellen. Gerne wird sich der SAV auch weiterhin in die Diskussionen einbringen, die eine **möglichst schweizweite und homogene Umsetzung** der Massnahmen zum Inhalt haben.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND



Prof. Dr. Roland A. Müller  
Direktor



Dr. Simon Wey  
Chefökonom

---

<sup>1</sup> Mehr Informationen dazu finden Sie unter dem Link: [www.arbeitgeber.ch/arbeitsmarkt/bundesraetin-keller-sutter-unterstuetzt-allianz-fuer-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf/](http://www.arbeitgeber.ch/arbeitsmarkt/bundesraetin-keller-sutter-unterstuetzt-allianz-fuer-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf/).